

EDMUND NEUDECK

Versailles 1919
Potsdam 1945

Ursachen und Folgen

BERNWARD VERLAG

Edmund Neudeck

Versailles 1919

Potsdam 1945

Ursachen und Folgen

Bernward

Heft 6 der Schriftenreihe
»Wahrheit und Zeugnis«
Adalbertus-Werk e. V.
Bildungswerk der Danziger Katholiken

1980
Bernward Verlag GmbH Hildesheim

Vorwort

Der Name der Stadt Danzig ist in ihrer rund 1000jährigen uns näher bekannten Geschichte immer wieder verbunden gewesen mit wichtigen historischen Ereignissen, angefangen von seiner ersten Erwähnung in der etwa um das Jahr 1000 vom Abt Canaparius in Rom verfaßten Vita des hl. Adalberts bis hin zu unseren Tagen, in denen von unserer Heimatstadt eine polnische Arbeiterbewegung ihren Ausgang genommen hat, die die Welt schon seit Monaten bangen und hoffen läßt.

Auch die beiden in diesem Büchlein näher untersuchten weltpolitisch bedeutsamen Vertragswerke sind schicksalhaft mit Danzig verbunden: durch das erste entstand die Freie Stadt Danzig, das zweite hat seine eigentliche Ursache in dem in Danzig begonnenen Zweiten Weltkrieg.

Das Adalbertus-Werk e. V., Bildungswerk der Danziger Katholiken, die heute außerhalb ihrer alten Heimat leben müssen, hat sich seit seiner Gründung vor nunmehr genau 20 Jahren stets bemüht – besonders bei seinen Jahrestagungen auf der Burg Gemen – die Geschichte Danzigs und alle mit ihr zusammenhängenden historischen Prozesse im europäischen Osten immer wieder neu zu erarbeiten und darzustellen.

Ein besonderes Verdienst kommt bei dieser Arbeit dem 1. Vorsitzenden des Adalbertus-Werkes, Herrn Studiendirektor Edmund Neudeck, zu, der vor allem in den letzten Jahren zu einem subtilen Kenner wichtiger und neuer Veröffentlichungen im Bereich der jüngsten Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen geworden ist.

Die beiden hier veröffentlichten Vorträge hat Herr Neudeck beim 34. Gementreffen der Danziger Katholiken im Juli 1980 gehalten. Die Abhandlungen erheben keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern gehen auf eine gründliche Lektüre der im Anhang zusammengestellten Literatur zurück. Sie sollen dem Leser Kenntnis vermitteln von einigen neuen Erkenntnissen und bisher noch nicht bekannten Tat-

sachen und Kommentaren sowie ihm einen historischen Überblick zu den beiden Ereignissen Versailles 1919 und Potsdam 1945 geben.

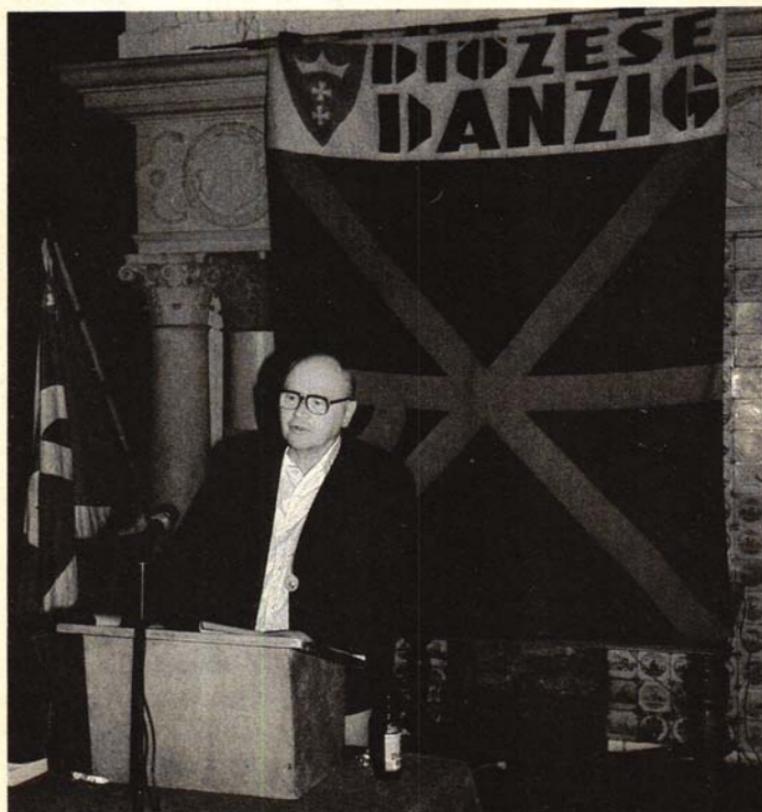
Das Adalbertus-Werk nimmt sein 20jähriges Bestehen am 3. 12. 1980 sowie besonders den 75. Geburtstag von Herrn Neudeck am 6. 11. 1980 zum Anlaß, diese Schrift zu veröffentlichen, um damit ein kleines Zeichen des Dankes zu setzen für die wegweisende Tätigkeit seines 1. Vorsitzenden, der dieses Amt seit der Gründung vor 20 Jahren inne hat.

Düsseldorf, den 3. 12. 1980

Adalbertus-Werk e. V.

Gerhard Nitschke

2. Vorsitzender



Edmund Neudeck

Edmund Neudeck, geb. 6. 11. 1905 in Danzig-Oliva. Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Danzig, Graz und Breslau. Lehrtätigkeit 1930 – 36 an den Gymnasien des Deutschen Schulvereins in Polen in Dirschau, Konitz und Graudenz, ab 1936 in Danzig. 1939 bis 1945 Kriegsdienst. Nach Gefangenschaft und Vertreibung Schuldienst in Hagen. Mehrere Jahre politische Tätigkeit als Bürgerschaftsmitglied im Schulausschuß der Stadt Hagen. Längere Zeit Mitglied des Kirchenvorstandes bzw. des Pfarrgemeinderates der St.-Elisabeth-Gemeinde Hagen. Seit 1960 Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e. V. Verheiratet seit 1934, 1 Tochter, 4 Söhne.

»Was die Vernunft dem Individuo, das ist die Geschichte dem menschlichen Geschlechte. Vermöge der Vernunft nämlich ist der Mensch nicht, wie das Tier, auf die enge, anschauliche Gegenwart beschränkt, sondern erkennt auch die ungleich ausgedehntere Vergangenheit, mit der sie verknüpft und aus der sie hervorgegangen ist; hierdurch aber erst hat er ein eigentliches Verständnis der Gegenwart selbst und kann sogar auf die Zukunft Schlüsse machen . . . Erst durch die Geschichte wird ein Volk sich seiner selbst vollständig bewußt.«

Arthur Schopenhauer

1788 (Danzig) – 1860 (Frankfurt a. M.)

Inhalt

	Seite
Der Vertrag von Versailles 1919	
Die Kriegsziele im ersten Weltkrieg	7
Die Lage in Polen 1915/16	9
Nach der Revolution 1917 in Rußland	10
Der Waffenstillstand 1918	12
Die Konferenz von Versailles	13
Beratungen über Danzig	16
Der Friedensvertrag	17
Gebietsabtretungen	17
Abstimmungsgebiete	18
Die Danzig-Artikel	20
Der Kriegsschuld-Artikel	21
Die Beurteilung des Vertrages	21
Die Vereinbarungen von Potsdam 1945	24
Die Ostgrenze Polens nach 1919	24
Die Staatsideen Pilsudskis und Dmowskis	25
Der Hitler-Stalin-Pakt	26
Die »4. Teilung« Polens	27
Nach dem Angriff auf die Sowjetunion	28
Das Lubliner Komitee	30
Die Konferenz von Jalta 1945	31
Die Konferenz von Potsdam 1945	32
Königsberg an die Sowjetunion	33
Die Beschlüsse über Polen	34
Die »Überführung« der Deutschen	35
Begründungen für die Vertreibung	37
Die Folgen von Potsdam	39

Der Vertrag von Versailles 1919

Die Kriegsziele im ersten Weltkrieg

Friedensverträge haben mit den Kriegszielen der Sieger zu tun, fragen wir also zunächst nach den Kriegszielen der in den ersten Weltkrieg verwickelten Mächte. Aus dem regionalen Konflikt Österreich-Ungarn mit Serbien war der erste Weltkrieg geworden: Das Deutsche Reich erklärte am 1. 8. 1914 den Krieg an Rußland, am 3. 8. an Frankreich; und England begründete seine Kriegserklärung an das Deutsche Reich mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in das neutrale Belgien. Niemand in Deutschland erwartete, daß der Krieg länger als einige Monate dauern würde, niemand im deutschen Volk konnte sich damals vorstellen, daß er verloren gehen könnte.

Und doch waren entgegen aller öffentlichen Propaganda in den Spitzen von Regierung und Heeresleitung schon bald Bedenken aufgetaucht. So schrieb bereits am 18. 11. 1914 der Chef des Generalstabes von Falkenhain an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: *»solange Rußland, Frankreich und England zusammenhalten, ist es uns unmöglich, unsere Gegner so zu besiegen, daß wir zu einem anständigen Frieden kommen. Wir laufen vielmehr Gefahr, uns langsam zu erschöpfen«*. Falkenhain schlug deshalb vor, Frankreich oder Rußland, am besten Rußland, von den Gegnern *»abzusprengen«*, damit mit ihm Frieden geschlossen werden könne.

Aber was für ein Frieden? Immerhin sollte Rußland einen Grenzstreifen bis zur Njemen(Memel)-Narew-Linie abtreten, damit durch diese Grenzberichtigung das Deutsche Reich im Osten besser geschützt werden könne. Die nicht-deutsche Bevölkerung in diesem Gebiet sollte ausgesiedelt werden und durch Deutsche aus Kongreßpolen und aus dem

übrigen Rußland ersetzt werden, so zu lesen in den Denkschriften der Interessenverbände. Die Wirtschaftsverbände einschließlich Westfälischer Bauernverein forderten im Westen Gebiete in Belgien und Nordfrankreich und stellten für den Osten folgendes Kriegsziel auf: *»Die Notwendigkeit, die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine großangelegte deutsche ländliche Besiedlung sowie die Zurückführung der im Auslande, namentlich in Rußland, lebenden und jetzt entrechteten deutschen Bauern in das deutsche Reichs- und Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichsgrenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen (Rußlands) und der südlich davon gelegenen Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten.«* (Denkschrift vom 20. 5. 1915) Das waren z. T. von Polen bewohnte Gebiete.

Im Dezember 1916 machten die Mittelmächte – also das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei – ein sehr allgemein abgefaßtes Friedensangebot, dem ein Friedensappell des Präsidenten der USA (damals noch neutral) vorausgegangen war. In den alliierten Antwortnoten wurde die Behauptung, daß die Mittelmächte gezwungen worden waren, den Krieg auf sich zu nehmen, scharf zurückgewiesen. An Wilson, den Präsidenten der USA, schrieben die Alliierten: *»Eine historische Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern. Deutschland hat durch die Kriegserklärung und die sofortige Verletzung der belgischen und luxemburgischen Unabhängigkeit, durch die Art, wie es den Kampf geführt hat, eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten gezeigt.«* Die anschließend aufgestellten Forderungen enthalten die Räumung und Wiederherstellung der besetzten Gebiete, *»die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alli-*

ierten durch Gewalt oder gegen den Willen der Bevölkerung entrissen worden sind«, die »Befreiung« der Völker Österreich-Ungarns, ein neues Regime in Deutschland. Über Polen steht der Satz: »Die Absichten des Zaren sind klar und durch die Proklamation gegeben, die er an die Armeen gegeben hat.« Diese Proklamation sprach von einem »wiedervereinigten Polen, frei in Glauben, Sprache und Selbstverwaltung«, sprach also nicht von einem polnischen Staat.

Die Lage in Polen 1915/16

Unterdessen war das russisch-polnische Gebiet von deutschen bzw. österreichisch-ungarischen Truppen besetzt worden. Im Generalgouvernement wurde eine Zivilverwaltung unter General v. Beseler (zeitweise war der spätere Danziger Senatspräsident Sahm in Warschau tätig), im Militärgouvernement Lublin eine österreichische Verwaltung eingerichtet. Der Gedanke, zwischen Rußland und den beiden genannten Mittelmächten ein selbständiges Polen dazwischen zu schieben, bot sich an, war aber nicht leicht zu verwirklichen, denn in Deutschland wie in Österreich lebten Polen, man denke an Posen und Galizien.

Schon aus diesen Gründen dachten die Regierungen der beiden Staaten nicht an die Gründung eines wirklich unabhängigen Polens. Als aber klar wurde, daß Rußland trotz großer Niederlagen nicht zu einem Sonderfrieden zu bewegen war, hoffte die deutsche Oberste Heeresleitung, durch Entgegenkommen an die Polen das Menschenmaterial ausnützen zu können, das in Polen vorhanden war. Es kam zur Proklamation eines Königreiches Polen als konstitutionelle Erbmonarchie durch die beiden Kaiser Wilhelm II. und Franz-Joseph am 5. November 1916. Versprochen wurde eigentlich nichts, nur eine eigene Armee. Auch wurde nicht gesagt, welches europäische Fürstenhaus für die polnische Krone zur Verfügung stehe. Nach vier Tagen kam dann der Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die noch zu bildende Armee, die dann auf der Seite der Mittelmächte kämpfen sollte. Der Erfolg war

minimal. Ende November 1916 wurde ein Provisorischer Staatsrat aus 24 ernannten Personen gebildet, darunter auch Pilsudski, der das Referat Heer erhielt. Diese Aktivität der Mittelmächte verschaffte dem Problem Polen nun auch bei den Alliierten und bei Wilson erneute Aufmerksamkeit.

In den USA warb für die polnischen Ansprüche der Pianist und Politiker Ignaz Paderewski, er hatte gute Beziehungen zum Weißen Haus. Am 22. Januar 1917 gab Wilson die offizielle Erklärung in seiner »Frieden-ohne-Sieg«-Rede ab, es müsse ein »*vereinigtes, unabhängiges und autonomes Polen*« entstehen. Diese Proklamation und die Forderung der provisorischen Regierung Rußlands nach der Märzrevolution 1917, daß ein unabhängiger polnischer Staat, »*gebildet aus all den Gebieten, deren Bevölkerung in der Mehrheit aus Polen besteht*«, entstehen müsse, wirkten sich natürlich auf die Stimmung im besetzten Polen aus.

Der Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 wegen des durch Deutschland proklamierten uneingeschränkten U-Boot-Krieges verstärkte die Wirkung der Erklärung des Präsidenten Wilson. Das führte schließlich dazu, daß die Mehrzahl der Soldaten der »*polnischen Wehrmacht*« den Eid auf die Waffenbrüderschaft mit den Mittelmächten ablehnte. Es gab Verhaftungen, Pilsudski wurde in der Festung Magdeburg interniert. Die Mittelmächte wollten die Unruhe dämpfen und kündigten am 12. September 1917 die Bildung eines polnischen Regentschaftsrates an, der dann am 27. Oktober in Warschau mit Gottesdienst und feierlichem Zug eingeführt wurde. Es waren der Warschauer Erzbischof Kakowski, Fürst Lubomirski und Graf Ostrowski, drei Konservative. Dieser Dreiertrat berief eine Regierung, die für das Gebiet Kongreßpolen nacheinander einige Rechte erhielt.

Nach der Revolution 1917 in Rußland

Die Novemberrevolution 1917 in Rußland schuf dann eine völlig neue Lage. (Denken wir daran, daß Lenin im April

1917 im plombierten Wagen von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Rußland kam und daß auch nach der bolschewistischen Revolution noch Gelder von Deutschland aus nach Rußland flossen. Die deutsche Regierung stellte 1917 zum Zweck der Revolution in Rußland 45 Millionen Mark zur Verfügung.) Die neuen Machthaber in Rußland forderten alle Kriegführenden zu Waffenstillstand und Friedensschluß auf, zu einem Frieden ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigungen. In dem gleichen Aufruf werden allerdings die klassenbewußten Arbeiter Frankreichs, Englands und Deutschlands aufgefordert, dem neuen Rußland durch *»allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit«* zu helfen, *»die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen«*. Das war die Aufforderung zur bolschewistischen Revolution. Auch das berühmte Dekret über die Nationalitäten Rußlands mit seiner Passage über *»das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung einschließlich der Lostrennung und Bildung des selbständigen Staates«* ist nur im Zusammenhang mit der Revolutionierung aller Völker Rußlands zu lesen. Immerhin, auf dieses Dekret beriefen sich die Völker im Baltikum, beriefen sich die Polen und z. T. auch die Ukrainer.

Am 3. März 1918 schloß das neue Rußland in Brest-Litowsk Frieden mit den Mittelmächten, es war ein reiner Diktatfrieden von seiten der Mittelmächte. Rußland verzichtete auf die Ukraine, auf das Baltikum und seine polnischen Teile. Lenin verglich diesen Frieden mit dem Frieden von Tilsit zwischen Preußen und Napoleon I. und meinte, die Geschichte kenne aber auch die Befreiung der Deutschen nach dem Frieden von Tilsit. An den Verhandlungen in Brest war kein Pole beteiligt, kein Mitglied der Warschauer Regierung, nicht einmal als Berater. Empört stellten die Polen fest, daß im Friedensvertrag mit der Ukraine, die mit deutscher Hilfe selbständig geworden war, das von Polen beanspruchte Gebiet von Cholm an die Ukraine gefallen war, auch das ohne Konsultation mit den Polen.

Unter den polnischen Politikern, die auf die Westmächte, die Alliierten, setzten, war die führende Gestalt der Vorsitzende der Nationaldemokraten Roman Dmowski, Antigermanist und Antisemit (nicht im Nazisinn). Am 15. August 1917 wurde in Lausanne ein polnisches nationales Komitee gegründet, das noch 1917 von den Alliierten als offiziell anerkannt wurde. Es ernannte bevollmächtigte Vertreter bei den alliierten Regierungen. Diesem Komitee war es dann zu verdanken, daß Wilson in dem 13. seiner berühmten 14 Punkte erklärte: *»Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbarer polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollten.«*

Der Waffenstillstand 1918

Im August 1918 wurde es der deutschen Führung klar, daß kein Sieg im Westen gegen die um die amerikanischen Truppen verstärkten Heere der Franzosen und Engländer zu erreichen sei. General Ludendorff schlug dem Kaiser vor, *»jetzt auch diese Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind . . . Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebracht haben«*. Der Beginn der Dolchstoßlegende. Also ging die Bitte um Waffenstillstand als Voraussetzung für einen Friedensvertrag heraus. Nach einigem Hin und Her, zurückgehend auf die Forderung Wilsons nach Änderung des deutschen Verfassungslebens, was weitgehend noch vor der Revolution 1918 erfüllt wurde, erklärten sich die Alliierten zu Verhandlungen bereit und stimmten den 14 Punkten Wilsons mit Ausnahme der Freiheit der Meere und der Frage des Schadensersatzes zu.

Der dann mit den Alliierten im Wald von Compiègne abgeschlossene Waffenstillstand vom 11. 11. 1918 – eigentliche Verhandlungen haben kaum stattgefunden – enthielt Bedingungen, die mit dem, was bisher unter einem Waffenstillstand verstanden wurde, nicht vereinbar war, z. B. Auslieferung von Lokomotiven, Lastwagen, Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Deutschland ohne Gegenleistung usw. Hindenburg hatte telegraphiert: Wenn Änderungen nicht durchsetzbar, trotzdem abschließen – so schlimm war die Lage an der Front. Die Blockade blieb bestehen, deutsche Schiffe durften weiter gekapert werden.

Unterschrieben wurde der Vertrag von deutscher Seite von zwei Zivilisten, ganz im Sinne Ludendorffs, (der eine war der später ermordete Zentrums Politiker Mathias Erzberger), und zwei rangniedrigen Offizieren, während auf alliierter Seite nur Generale und Admirale unterzeichneten. Beauftragt zur Unterschrift wurde Erzberger – unterdessen hatte ja die Revolution begonnen – vom Rat der Volksbeauftragten, dessen Vorsitzender Friedrich Ebert war. Interessant sind noch zwei Bestimmungen des Vertrages: Die Friedensverträge von Brest-Litowsk (Rußland) und Bukarest (Rumänien) sind ungültig und die deutschen Truppen im Osten sind hinter die Grenzen von 1914 zurückzunehmen, aber das ohne Terminangabe, während für die Räumung des linken Rheinufers 23 Tage vorgeschrieben wurden.

Die Konferenz von Versailles

Zwei Monate später, am 18. Januar 1919, trat in Versailles bei Paris die Friedenskonferenz unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, genannt der Tiger, zusammen: 70 Delegierte von 27 Siegermächten. Das Datum hatte Bedeutung, denn am 18. Januar 1871 war in dem gleichen Saale, dem Spiegelsaale von Versailles, der König von Preußen, Wilhelm I., zum Deutschen Kaiser proklamiert worden. Deutsche Vertreter wurden zu den Bera-

tungen nicht zugelassen, sie durften nur schriftliche Bemerkungen machen.

Den Standpunkt der Franzosen und ihre Kriegsziele hat wohl am deutlichsten Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, in einem Schreiben an die Delegierten fixiert (10. 1. 1919): »Das Deutschland von 1914 war das Ergebnis einer andauernden Arbeit von 150 Jahren, die, von Friedrich II. begonnen und von seinen Nachfolgern methodisch fortgesetzt, zur Verpreußung Deutschlands geführt hat. Von Anfang an haben die Hohenzollern die preußische Macht auf einem übermäßigen Militarismus begründet.« . . . »Eine Formel drückt die ganze Moral aus ›Deutschland über alles‹. Deutschlands Ideal und Daseinsgrund ist die Weltbeherrschung zum Nutzen der Deutschen.« . . . Und zu 1914: »Die militärische Organisation war im höchsten Maße überspannt worden, um sie zum Werkzeug der Eroberung zu machen, man hatte die Moral des deutschen Volkes verfälscht und die Hingebung eines jeden an die Sache des preußischen Kaisers durch sein eigenes Interesse angestachelt, und so kam es, daß das preußische Deutschland alles in allem ein Heer von gelehrten und überzeugten Missetätern unter Mißachtung aller Verträge auf die friedlichen, ja sogar neutralen Völker Europas und dann auf das Weltmeer losließ«. Daß diese Überlegungen dann zu der Forderung der Rheingrenze, zur möglichen Bildung unabhängiger Staaten am linken Rheinufer, zur völligen Entwaffnung Deutschlands führten, ist geradezu logisch.

Ganz anders das Memorandum des englischen Premierministers Lloyd George vom 25. März 1919. »Um Vergütung zu erreichen, mögen unsere Bedingungen streng sein, sie mögen hart und sogar rücksichtslos sein, aber zugleich können sie so gerecht sein, daß das Land, dem wir sie auflegen, in seinem Innern fühlt, es habe kein Recht, sich zu beklagen. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, in der Stunde des Triumphs zur Schau getragen, werden niemals vergessen noch vergeben werden.« Und nun nimmt L. G. Stellung zu den Forderungen der Franzosen und Polen im Osten des Deutschen Reiches (u. a. Danzig zu Polen). »Aus diesen

Gründen bin ich darum entschieden dem entgegen, daß mehr Deutsche aus deutscher Herrschaft unter die Herrschaft einer anderen Nation übertragen werden, als durchaus notwendig ist. Ich kann mir keinen stärkeren Grund für einen künftigen Krieg denken, als daß das deutsche Volk, das sich sicherlich als einer der kraftvollsten und mächtigsten Stämme der Welt erwiesen hat, von einer Zahl kleiner Staaten umgeben wäre, von denen manche aus einer Bevölkerung beständen, die niemals vorher eine standfeste Regierung für sich aufzurichten fähig waren, von denen aber jeder große Mengen von Deutschen enthielte, die nach Wiedervereinigung mit ihrem Heimatlande beehrten. Der Vorschlag der polnischen Kommission, daß wir 2.100.000 Deutsche unter die Herrschaft eines Volkes stellen sollen, das eine andere Religion hat und das während seiner ganzen Geschichte niemals seine Fähigkeit zu einer selbstgebildeten Regierung von Bestand zu beweisen vermochte, muß in meinen Augen früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen.«

Daß der englische Premier hier gute historische Kenntnisse beweist, kann niemand behaupten, besonders was die Bemerkung über die andere Religion anbetrifft. Waren alle Deutschen einer Religion? Deutlich spricht sich L. G. gegen die Annexionsforderungen ganz allgemein aus: »Ich würde es deshalb als leitenden Grundsatz des Friedens nehmen, daß, soweit es menschenmöglich ist, die verschiedenen Volksstämme ihren Heimatländern zugeteilt werden und daß dieses menschliche Kriterium vorgehen soll den Erwägungen der Strategie oder der Wirtschaft oder der Verkehrswege, die gewöhnlich auch auf andere Weise in Ordnung gebracht werden können.« Zum Schluß weist L. G. dann noch auf die Gefahr eines Zusammengehens der Deutschen mit dem bolschewistischen Rußland hin, dann nämlich, wenn die Spartakisten in Deutschland die Macht erringen würden. Clemenceau hat auf diesen Brief geantwortet: »Wenn man diesen jungen Völkern die Grenzen gibt, die sie zum Leben brauchen, und wenn man dabei genötigt ist, Deutsche unter ihre Herrschaft zu stellen, Söhne derer, die sie geknechtet

haben – so kann man das bedauern, und man soll es auch nur mit Maß tun, aber es ist nicht zu vermeiden.«

Beratungen über Danzig

Während der Unterredung der Großen Vier (Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Orlando-Italien) sagte der Engländer in bezug auf Danzig: *»Ich möchte eine Lösung vorziehen, die aus Danzig einen Freihafen macht und die Polen in Polen und die Deutschen in Deutschland läßt. Meine Schlußfolgerung ist, daß man nicht ein Polen schaffen soll, das von seiner Geburt an von seinem zivilisiertesten Nachbarn durch einen unversöhnlichen Streit getrennt wird.«* In diesem Zusammenhang gleich die Antwort der Alliierten auf den Einspruch der deutschen Delegation gegen die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich: *»Die Danziger Bevölkerung ist der großen Mehrheit nach deutsch und ist dies seit langer Zeit gewesen. Gerade aus diesem Grund geht der Vorschlag nicht dahin, die Stadt dem polnischen Staat einzuverleiben.«* Unter Bezug auf die Lage Danzigs nach dem 2. Thorner Frieden 1466 heißt es dann weiter: *»Danzig wird sich auch von neuem in einer Lage befinden, die der während so vieler Jahrhunderte von ihr eingenommenen ähnlich ist. Danzig soll die Verfassung einer Freien Stadt erhalten, deren Einwohner autonom und keinen Teil des polnischen Staates bilden werden.«* Polen soll gewisse Rechte wirtschaftlicher Art in Danzig bekommen, die Stadt selber ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es kein anderes Mittel gab, *»jenen ›freien und sicheren Zugang zum Meere‹ zu schaffen, welchen Deutschland abzutreten versprochen hatte«* (ein Hinweis auf die 14 Punkte Wilsons, die das Deutsche Reich als Grundlage für den Friedensvertrag angenommen hatte). So hatte sich Lloyd George gegen die Kommission für die polnischen Angelegenheiten und damit gegen Polen und Frankreich durchgesetzt, Wilson hatte ihn schließlich unterstützt.

Der Friedensvertrag

Am 7. Mai 1919 wurde der Entwurf des Friedensvertrages der deutschen Delegation übergeben, Clemenceau sagte: »Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren«. Die Bestürzung über diesen Vertrag war in Deutschland grenzenlos. Daß er schließlich mit nur kleinen Änderungen angenommen wurde, lag an der Aussichtslosigkeit für Deutschland, den Krieg wieder aufzunehmen und an der Drohung der Alliierten, unbeschränkt weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. Der letzte Satz der Note der deutschen Regierung mit der Mitteilung der Unterschriftsbereitschaft beginnt mit den Worten: »Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben. . .« (23: 6. 1919). Am 28. Juni 1919 wurde der Vertrag unterzeichnet, der damalige Reichsaußenminister Hermann Müller (SPD) und der Reichsverkehrsminister Bell (Zentrum) unterschrieben für das Deutsche Reich. (Karte 1)

Der Vertrag beginnt wie alle Pariser Vorortverträge mit der Völkerbundsakte als Teil I, obwohl das Deutsche Reich nicht in den Völkerbund aufgenommen wurde. Mit Sicherheit haben Frankreich und England u. a. mit dieser Völkerbund-Präambel die Zustimmung Wilsons zu diesem Vertrag erhalten, sah Wilson doch im Völkerbund sein Ideal, den Garanten für die kommende kriegslose Zeit.

Gebietsabtretungen

Im Teil II, dem eigentlichen Vertrag, werden die neuen Grenzen Deutschlands beschrieben, soweit nicht Abstimmungen vorgeschrieben werden. Gegenüber Polen wird also verfügt: Abtretung des größten Teiles der Provinz Posen, eines großen Teiles der Provinz Westpreußen, eines kleinen Teiles der Provinz Ostpreußen (z. B. Soldau), geringer Teile der Provinz Pommern (bei Lauenburg und Bütow) und der

Provinz Schlesien. Im Artikel 87, der sich mit der Unabhängigkeit Polens befaßt und noch einmal mit seinen Grenzen, steht der Satz: »Die Grenzen Polens, die in dem vorliegenden Vertrag nicht näher bezeichnet sind, werden die alliierten und assoziierten Hauptmächte später bestimmen.« Das ist ein Hinweis auf die Ostgrenze Polens gegen Rußland.

Abstimmungsgebiete

Über die Abstimmungsgebiete in Ost- und Westpreußen (südliches Ostpreußen mit Lyck, Lötzen, Rössel, Allenstein, Osterode, von Westpreußen Marienwerder, Marienburg, Stuhm und jeweilige Umgebung ostwärts der Weichsel) handeln Artikel 94 u. f. Für diese Abstimmungsgebiete wurden folgende Bestimmungen erlassen: Innerhalb von 14 Tagen haben die deutschen Truppen das Gebiet zu räumen, eventuell vorhandene Arbeiter- und Soldatenräte sind aufzulösen. Die Oberhoheit wird von einer internationalen Kommission von 4 Mitgliedern gebildet: USA, Frankreich, England, Italien. (Da die USA den Vertrag nicht ratifizierten und auch dem Völkerbund nicht beitraten, wurden es nur 3 Mitglieder.) Die Gebiete werden von Truppen der Alliierten besetzt. Die Kommission sorgt für eine freie, unbeeinflusste und geheime Wahl. Stimmrecht haben alle Personen, die am 1. Januar des Abstimmungsjahres ihr 20. Lebensjahr vollendet haben, im Abstimmungsgebiet geboren sind oder dort wohnen, wobei ein Zuzug nach dem 1. Januar 1919 nicht gilt. (Gemäß diesen Bestimmungen konnten also auch Personen abstimmen, die z. Zt. der Abstimmung außerhalb des Abstimmungsgebietes lebten, z. B. im Ruhrgebiet.) Das Ergebnis der Abstimmung wird nach Gemeinden festgestellt. Die Kommission macht dann einen Vorschlag über die neu zu bestimmende Grenze unter Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung wie auch »der geographischen und wirtschaftlichen Lage«.

In bezug auf die Weichsel wird, soweit sie an das Abstimmungsgebiet grenzt, bestimmt, daß Polen »die volle und uneingeschränkte Aufsicht über den Strom einschließlich seines Ostufers überlassen wird, soweit dies für die Regulierung und Verbesserung des Flußlaufes notwendig ist.« Es sollen ferner Bestimmungen getroffen werden, »welche der Bevölkerung Ostpreußens den Zugang zur Weichsel und ihre Benutzung für sich, ihre Waren und Schiffe unter billigen Bedingungen und in ihrem Interesse sichern«. Letztere Bestimmung ist später nicht erfüllt worden, der Zugang war viel zu schmal (Kurzebrack).

Für Oberschlesiens Abstimmungsgebiet galten ähnliche Bestimmungen mit einem Zusatzartikel, der auf die besondere politische Lage hinweist und die Regierungen vor »Ausnahmeregelungen für etwaige politische Handlungen« warnt. Ich verweise auf die Korfanty-Aufstände.

Im Artikel 93 wird eine Verpflichtung für Polen aufgestellt, es ist der sog. Minderheitenartikel: »Polen nimmt unter Zustimmung, daß die alliierten und assoziierten Mächte dies mit ihm in einem zu schließenden Vertrag aufnehmen, die Bestimmungen an, welche die Mächte für notwendig erachten, um in Polen die Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten zu schützen«. Für die Tschechoslowakei gilt entsprechend der Artikel 86. Der Völkerbund hat sich oft mit den berechtigten Klagen der Minderheiten gegen die beiden genannten Staaten beschäftigen müssen.

Die Ergebnisse der Abstimmungen in Ost- und Westpreußen sind weitgehend bekannt, über 90 % stimmten für Deutschland, in Oberschlesien ca. 60 %. Oberschlesien wurde so ungeschickt geteilt, daß eine zusätzliche Minderheitenvereinbarung notwendig wurde. (Abstimmung 20. 3. 21, Oktober 21 Teilung, 15. 5. 22 Vertrag über die Minderheiten.)

Im Artikel 98 werden Deutschland und Polen verpflichtet, Abkommen über den Transitverkehr (Eisenbahn, Telegraphen- und Telefonverkehr) zu schließen, im Falle von Streitigkeiten soll der Rat des Völkerbundes den Wortlaut be-

stimmen. Gemeint war der Transit Ostpreußen-übriges Reich, Polen-Danzig, vergl. heute Helmstedt-Berlin.

Die Danzig-Artikel

Artikel 100 bis 108 handeln von Danzig. Artikel 100 (!) beginnt: *»Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet innerhalb der Grenzen . . .«* Artikel 102: *»Die alliierten und assoziierten Mächte verpflichten sich, die Stadt Danzig nebst dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt zu erklären. Sie wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.«* Also: Bis zur Proklamation der Freien Stadt Danzig war dieses Gebiet zwar von Truppen der Alliierten besetzt, es war aber nicht Besatzungsgebiet wie z. B. die Rheinlande. Artikel 103: *»Die Verfassung der Freien Stadt Danzig wird im Einvernehmen mit einem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß ernannten Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet. Sie wird unter die Bürgerschaft des Völkerbundes gestellt. Der Oberkommissar wird ebenso beauftragt, in erster Instanz über alle Streitigkeiten zu entscheiden, welche sich zwischen Polen und der Freien Stadt über den gegenwärtigen Vertrag oder die ergänzenden Abmachungen oder Vereinbarungen ergeben.«*
»Der Oberkommissar hat seinen Sitz in Danzig.«

Artikel 104 handelt von dem Inhalt eines Abkommens zwischen Polen und Danzig, *»dessen Wortlaut festzulegen sich die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten und das zur gleichen Zeit in Kraft treten wird, wenn die Erklärung Danzigs zur Freien Stadt erfolgt«*. Das Abkommen behandelt die Zollunion mit Polen, die Freizone im Hafen, die Eisenbahn, den Postverkehr Polens mit dem Hafen, die Rechte der Polen, auch der mit polnischer Staatsangehörigkeit, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen – all das, mit dem sich bald und in zunehmendem Maße der Oberkommissar und der Völkerbund rumzürgern hatten.

Artikel 107 behandelt dann das staatliche Eigentum: *»Alles Eigentum des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten, das in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegen ist, geht auf die alliierten und assoziierten Mächte über. Diese können es, wie sie es für recht und billig finden, an die Freie Stadt oder den polnischen Staat abtreten.«* Manche Kaserne fiel an den polnischen Staat, die Technische Hochschule fiel an Danzig.

Der Kriegsschuld-Artikel

Ein wichtiger Artikel, der von so gut wie allen Deutschen vehement abgelehnt wurde, war der Artikel 231: *»Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«*

In der Ablehnung dieses Artikels waren sich so gut wie alle Deutschen einig. Er hat verhindert, daß die Ursachen des Ersten Weltkrieges ohne Vorurteil erforscht wurden, sah sich doch die deutsche Wissenschaft sozusagen in nationale Pflicht genommen, diesen aufgezwungenen Artikel zu widerlegen.

Die Beurteilung des Vertrages

Wie wurde der Versailler Vertrag als ganzes beurteilt? Da sagt einer: *»Der Krieg hat mit einem Schlag etwa eine Viertel Milliarde Bewohner der Erde in eine Lage zurückgeworfen, die der einer Kolonialbevölkerung entspricht . . . Eine Viertel Milliarde Menschen in Ländern, die z. T. wie Deutschland zu den fortgeschrittensten, gebildetsten, kultiviertesten*

gehören und technisch auf der Höhe des modernen Fortschritts stehen. Der Krieg hat ihnen durch den Versailler Vertrag Bedingungen auferlegt, die diesen fortgeschrittenen Völkern koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit brachten, denn sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch kein zivilisiertes Volk gelebt hat.« Lenin auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 19. 7. 20. Die Verwandtschaft zu Ausführungen Hitlers ist nicht zu übersehen.

Ein zweites Beispiel: »Über den Entente-Frieden kein Wort. Er offenbart die Gottgeschlagenheit der Sieger. Das giftige alte Mannsbild, das ihn in seinen schlafarmen Greisennächten ausgeheckt hat, trägt Schlitzaugen. Vielleicht hat er ein Blutsrecht darauf, der abendländischen Kultur das Grab zu graben und das Kirgisentum herbeizuführen.« Thomas Mann 1919.

»Mit den Konferenzen des Frühlings und des Sommers 1920 begann die lange Reihe von Versuchen, die unausführbaren Bedingungen des Vertrages zu modifizieren und in eine ausführbare Form zu bringen.« John Maynard Keynes, Sachverständiger der engl. Friedensdelegation in seinem Buch »Revision des Friedensvertrages« 1922.

Und ein viertes: »daß die Erfüllung des Versprechens, die deutsche Abrüstung solle nur der Beginn der allgemeinen sein, immer wieder vertagt wird und jede Unmutsäußerung des deutschen Volkes gegen diesen Zustand als eine zu neuen Rüstungen auffordernde Bedrohung aufgefaßt wird. Diese Ungerechtigkeit ist die erste, die man nennen muß, wenn man dem deutschen Gemütszustand gerecht werden will; aber es ist nur zu leicht, 5, 6 andere aufzuzählen, . . die absurden Grenzregelungen im Osten, das . . Reparationssystem, die völlige Unempfindlichkeit des jakobinischen Staatsgedankens in der Minderheitenfrage, das Problem des Saargebietes, das keines sein dürfte, und so fort«. Thomas Mann, Deutsche Ansprache 1930.

Es war also kein Wilsonfriede, der Friede von Versailles. Kein Friede der Selbstbestimmung für alle, sondern nur für

die nichtdeutschen Völker Österreich-Ungarns, aber auch dort gab es beachtliche Minderheiten. Aber was hätte das Wilsonsche Prinzip in seiner allgemeinen Anwendung bedeutet? In einer »Rückschau von heute« schreibt Sebastian Haffner: »Ein Wilson-Friede würde nicht nur den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verwischt haben (was ja nur gut gewesen wäre, aber nach 4 Jahren Krieg und Kriegspropaganda eine psychologische Unmöglichkeit war« – ich erinnere mich noch an das ›Gott strafe England‹ in dem häufig bei Schulfestern aufgesagten Gedicht –), »er würde das Kampfergebnis geradezu auf den Kopf gestellt haben. Der wirkliche Gewinner des Krieges, unter einer solchen Regelung wäre Deutschland gewesen« . . . »Ein Wilson-Friede hätte Deutschland zwar nicht weniger als der Versailler Vertrag genötigt, Elsaß-Lothringen an Frankreich und Preußisch-Polen an Polen abzutreten; aber dafür hätte er die deutschen Gebiete und Bevölkerungen aus der habsburgischen Konkursmasse Deutschland zugeschlagen«, d. h. Deutsch-Österreich mit Wien und Graz und Innsbruck, das Sudetenland, Südtirol wären zum Reich gekommen, Danzig wäre beim Reich geblieben – ein Wilson-Friede hätte »Deutschland automatisch zur Vormacht des neuen Europa gemacht«. Ob 1919 solche Gedanken bei den damaligen Verantwortlichen eine Rolle gespielt haben? Vor allem bei den Franzosen?

Zwei Parolen haben das politische Denken in der Weimarer Republik vergiftet: das Reden vom Verrat der Heimat an der Front, die irrsinnige Dolchstoßlegende – im Zusammenhang damit das Schimpfwort »Novemberverschreiber« – und das Reden vom »Schanddiktat von Versailles«. Hitler hat diese beiden Parolen in demagogisch-meisterhafter Weise zu verwenden gewußt – erst nach seiner Machtergreifung waren England und Frankreich bereit, ausgerechnet ihm Revisionen des Versailler Vertrages zu konzedieren. Zu spät, viel zu spät, denn Hitler wollte mehr, viel mehr.

Die Vereinbarungen von Potsdam 1945

Die Ostgrenze Polens nach 1919

Wenn wir von Flucht und Vertreibung sprechen – das ganz nüchtern und ohne Emotionen – und nach dem Warum fragen, fällt uns zunächst der Satz ein: Ohne die Oder-Neiße-Linie wären wir jetzt nicht im Westen. Die weitere Frage ist dann: Wie kam es zu dieser »Linie«? Damit ist die Frage nach den Grenzen Polens gestellt. Über die Westgrenze Polens von 1919 bis 21 ist im vorigen Vortrag gesprochen worden. Über die Ostgrenze des damaligen Polens hat der Versailler Friedensvertrag nichts Konkretes ausgesagt, es wird nur darauf hingewiesen, daß sie durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges später bestimmt werden solle. Damit war die Ostgrenze Polens offen gelassen.

Polen selbst ergriff nun die Initiative. Derjenige, der die Grenze mit Rußland soweit wie möglich nach Osten vorschieben wollte, und sei es mit Waffengewalt, war der damalige Staatschef Polens, Josef Pilsudski. Es kam zu Kämpfen mit den Litauern, mit den Ukrainern, mit bolschewistischen Formationen und schließlich zum polnisch-russischen Krieg 1919/20, beendet durch den Friedensschluß von Riga am 18. 3. 21. Als es den Polen militärisch schlecht ging – die Russen standen vorübergehend vor Warschau – wandte sich die polnische Regierung an den Obersten Rat der Alliierten in Spa (Belgien) um Beistand. In diesem Zusammenhang taucht erstmals der Name Curzon-Linie, benannt nach dem damaligen englischen Außenminister, als vorgeschlagene Waffenstillstandslinie auf. Sie verlief ungefähr nord-südlich, ließ Brest-Litowsk am Bug bei Polen und lag in Galizien zwischen Lemberg und Przemysl (siehe Karte 2 Linie A). Sie war nicht als festzulegende Grenze zu verstehen, zeigte aber doch wohl die Meinung Englands und Frankreichs über eine nach ethnographischen Gesichtspunkten gezogene Ostgrenze.

ze Polens. Da Polen diesen Krieg dann doch gewann, griffen die neuen Grenzen Polens weit über die Curzon-Linie hinaus, wenn auch Pilsudski sie gerne noch weiter östlich gehabt hätte. Große ukrainische und weißrussische Gebiete mit weniger als 50 % polnischer Bevölkerung kamen unter die Herrschaft Warschaus.

Die Staatsideen Pilsudskis und Dmowskis

Welche Gründe veranlaßten Pilsudski – und nicht nur ihn – zu dieser nach unserem Verständnis und auch nach dem 13. Wilsonschen Punkt nicht vertretbaren Gebietserweiterung? Pilsudski träumte von einem föderativen Staat Polen, sicherlich nicht so wie die Schweiz, aber doch mit gewissen, nicht unwesentlichen Rechten der nicht-polnischen Nationalitäten. Er dachte an eine Konföderation mit einem weißrussischen und einem ukrainischen Gebiet, d. h. an einen polnischen Großstaat durch eine Föderation mit den westlichen Randvölkern Rußlands. Damit wurde seine Stellungnahme Deutschland gegenüber und z. T. auch die seiner Partei, der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), maßvoller als die der Nationaldemokraten, den sog. Endeken unter Roman Dmowski (diese Partei war vorwiegend in den ehemaligen preußischen Gebieten vertreten). Pilsudski dachte an die jaggellonische Konzeption des polnischen Staates mit dem Zusammenleben der Völker auf föderativer Basis, vor allem im Osten. Sein Wahlspruch »*Romantik in den Zielen und Realistik in den Mitteln*« bedeutet: Wieder einen weit nach Osten ausgedehnten Staat Polen aufbauen, so wie damals die polnisch-litauische Föderation. Zur Realistik in den Mitteln gehörte auch, wenn notwendig und vertretbar, der militärische Angriff.

Pilsudskis Gegenspieler Dmowski und seine Anhänger verfochten eine andere Staatsidee, die eines starken einheitlichen Nationalstaates. Dmowskis Staatsidee und seine Vorstellung vom Staat finden sich in seiner bereits 1905 aufgestellten These: »*Die Nation ist ein Produkt des staatlichen*

Lebens. Alle bestehenden Nationen haben ihren Staat oder hatten ihn einst, und ohne Staat ist keine Nation entstanden. Die Nation ist der unentbehrliche moralische Inhalt des Staates, der Staat ist die unentbehrliche politische Form der Nation.« Daraus schließt er: »Der Staat wird, wenn er nur gesund ist und auf starken Grundlagen ruht, fremde Völkstämme immer politisch und kulturell assimilieren. . . Immer und überall erstrebte der Staat – mehr oder weniger bewußt – die kulturelle Einheit.«

Gesiegt hat mehr die Idee Dmowskis, nicht das Zusammenleben gleichberechtigter Völker unter dem Schild gemeinsamer polnischer Kultur setzte sich durch, sondern die Gegenüberstellung »Staatsvolk« und »Minderheiten« (Roos). »Die Rigaer Grenze hielt zwar die Mitte zwischen den ursprünglichen polnischen Ansprüchen und der Curzon-Linie. Sie bezog zu wenig weißrussisch-ukrainischen Siedlungsboden mit ein, als daß eine wirkliche Föderation noch möglich gewesen wäre, aber andererseits zuviel für die Absichten der Nationaldemokratie, die Fremdvölker allmählich zu polonisieren« (Roos). 19 Millionen Polen standen damals, d. h. 1921 (ohne Wilnagebiet und Ostoberschlesien), 4 Millionen Ukrainer, je 1,1 Millionen Weißrussen und Deutsche und 2,1 Millionen Juden gegenüber. »Kein ausgesprochener Nationalitätenstaat, aber auch kein Nationalstaat« (Rhode).

1922 erwarb Polen mit »Realistik in den Mitteln« das Wilnagebiet (siehe Karte 2 das Gebiet Mittel-Litauen), 1938 mußte die Tschechoslowakei während der Sudetenkrise das Olsagebiet (auch Karwiner-Gebiet genannt) gezwungen durch gleiche »Realistik« an Polen abtreten.

Der Hitler-Stalin-Pakt

Dann kam die Krise 1939 und die verständliche Weigerung Polens, den Weg zu gehen, den die Tschechoslowakei gegangen war bzw. gehen mußte. Und es kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. 8. 39 mit

seinem geheimen Zusatzprotokoll über die »... Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa«:

»1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnagebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt«. (Dieser Punkt 3 wird nur wegen der »diplomatischen« Sprache erwähnt, Rumänien wußte nichts von diesen Interessen und dem Einverständnis Hitlers.)

Die »4. Teilung« Polens

Das Wort Interessensphären bedeutete 1939/40 zugleich gewaltsame Inbesitznahme. Ergänzt wurde dieser Vertrag vom August durch den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 39. Hier wird als endgültige Grenze der Interessensphären jetzt die Südgrenze Litauens bestimmt, dafür fallen die Wojewodschaft Lublin und weitere Teile der Wojewodschaft Warschau in das Interessengebiet

Deutschlands. Ferner wird ebenso vertraulich die »*Umsiedlung der Reichsangehörigen und anderer Personen deutscher Abstammung*«, wie der »*ansässigen Personen ukrainischer und weißrussischer Abstammung*«, beschlossen.

Vorausgegangen war der Einmarsch der Sowjettruppen in das Interessengebiet der Sowjetunion. Am 17. 9., also 17 Tage nach Kriegsbeginn, wurde dem polnischen Botschafter in Moskau eine Note überreicht mit dem Inhalt: Der polnische Staat habe aufgehört zu existieren, die Sowjetunion müsse die auf polnischem Staatsgebiet lebenden Weißrussen und Ukrainer in Schutz nehmen (siehe Karte 3). Im Laufe des Jahres wurden die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen »*auf ihren Wunsch*« – dieser Wunsch wurde durch die Methoden der Geheimpolizei »*unterstützt*« – als sozialistische Sowjetrepubliken in die UdSSR aufgenommen, die besetzten polnischen Ostgebiete wurden den jeweiligen Sowjetrepubliken eingegliedert, auch hier ähnliche Abstimmungen wie im Baltikum. Große Teile der Polen, vor allem der Intelligenz, wurden nach dem Osten der Sowjetunion verschleppt. Hitler hat auf diesem Wege die Siege Pilsudskis gegen die Bolschewisten zunichte gemacht und letzten Endes den Anfang des Vordringens der Sowjets nach Westen herbeigeführt. Faktisch gesehen, existierte der polnische Staat nicht mehr. Weite Teile Polens im Westen wurden dem Deutschen Reich einverleibt (siehe Karte 3), aus dem verbleibenden Rest wurde das Generalgouvernement gebildet unter dem berüchtigten Generalgouverneur Frank. Auf das unbeschreibliche Leid, das den Polen und den Juden an Leib und Seele zugefügt wurde, sei wenigstens hingewiesen.

Nach dem Angriff auf die Sowjetunion

Es kam 1941 der Krieg gegen den Nutznießer des deutsch-polnischen Krieges, aber auch den Rohstoff- usw. -Lieferanten des Deutschen Reiches. Den großen Erfolgen der Deut-

schen und ihrer Verbündeten folgten die großen Niederlagen. In Polen kämpfte eine Untergrundarmee gegen die Deutschen, in London saß die rechtmäßige Exilregierung, die z. B. die Atlantik-Charta wie auch die Deklaration der Vereinten Nationen für ihren vom Feind besetzten Staat unterschrieb. Diese Regierung Sikorski hatte gute Beziehungen zu England und den USA.

Aber mit Moskau wurde es bald schwierig, denn bereits die ersten Äußerungen Stalins nach Kriegsbeginn 1941 zeigten, daß er nicht daran dachte, die 1939 erreichte Westgrenze der Sowjetunion aufzugeben. Zwar verpflichtete sich die Sowjetunion im Bündnisvertrag mit England vom 26. 5. 1942 *»weder nach territorialen Erweiterungen für sich selbst zu streben noch sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen«*, aber weitere territoriale Änderungen als die 1939/40 erreichten wollte die Sowjetunion tatsächlich zunächst nicht, und was die Einmischung in Polen anbetrifft, dafür hatte man ja eine kommunistische Partei in Polen, die zwar im polnischen Land einen verschwindend kleinen Anhang hatte, die aber in Moskau ihre wohlwollend angesehenen, weil stalintreuen, Vertreter hatte. Wann erstmalig die Kompensationstheorie für die Anerkennung der *»neuen Grenze im Osten Polens«* in diesem kommunistischen Kreise auftauchte, ist nicht genau festzustellen, wahrscheinlich erst Oktober 1942.

Die ersten Abtretungsforderungen der Exilpolen fußten auf strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen, aus beiden Gründen wurden Ostpreußen und Danzig gefordert ohne jeden Bezug zur Ostgrenze Polens. Der russische Botschafter in Washington Litwinow sagte am 16. 3. 43 zum amerikanischen Außenminister, auf die Forderung nach Ostpreußen eingehend: *»Die Sowjetunion sei einverstanden, daß Polen Ostpreußen bekomme, werde aber auf dem bestehen, was er als »Rußlands territoriale Rechte« bezeichnete.«* Territoriale Rechte bedeutet: Da wohnen ja Weißrussen und Ukrainer.

Als die Exilpolen merkten, daß mit Moskau nicht zu reden war, opponierten sie zwar gegen die Forderungen Moskaus,

erhoben aber zugleich weitere Forderungen im Westen auf Kosten des Deutschen Reiches. England und Frankreich war das höchst unangenehm, zum mindesten zunächst, sie hatten eine Garantie für Polen abgegeben, sie waren für Polen in den Krieg gezogen. Andererseits waren sie mit der Sowjetunion verbündet und mußten auf sie Rücksicht nehmen. Und so sagte dann Churchill auf der Konferenz von Teheran (28. 11. bis 1. 12. 43), um beiden Seiten entgegenzukommen: *»Polen könne sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.«* Churchill erläuterte dann seine Meinung mit drei Streichhölzern zur Verdeutlichung des *»Verlust im Osten – Gewinn im Westen«*. Und der Außenminister Eden sagte ganz allgemein: *»Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen«*.

Das Lubliner Komitee

Unterdessen hatte die Moskauer Regierung die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abgebrochen, weil letztere unangenehme Fragen wegen der Morde in Katyn stellte. Stalin hatte nun freie Hand, seine Polen in Stellung zu bringen. Als die sowjetischen Truppen in Polen einmarschieren, taucht ein *»Polnisches Komitee für die nationale Befreiung«* im Gefolge der Truppen auf, das sog. Lubliner Komitee. Am 21. 7. 44 gebildet, wird es bereits am 2. 8. von der Sowjetunion als polnische Vertretung anerkannt. Am 1. 1. 45 erklärt sich dieses Komitee zur provisorischen Regierung, es übernimmt die Verwaltung in allen Gebieten, die die Sowjetunion östlich der Oder bzw. der Görlitzer Neiße erobert hat bzw. erobern wird. Damit hatte Stalin vollendete Tatsachen geschaffen, bevor er sich mit seinen westlichen Alliierten zusammengesetzt hatte. Die praktisch von der Sowjetunion eingesetzte Regierung schuf Verwaltungsbehörden, teilte das Gebiet in Wojewodschaften ein und ließ so eine

Wojewodschaft Danzig entstehen. Vertreter der Verbündeten aus dem Westen wurden in nur beschränktem Umfang in die Oder-Neiße-Gebiete hineingelassen, die ersten Anzeichen für den Zerfall des Bündnisses.

Die Konferenz von Jalta 1945

Die nächste Konferenz der Verbündeten Mächte war die von Jalta (4. bis 11. 2. 45). Was hatte sie in bezug auf Polen nun noch zu tun? Das zu bestätigen, was Stalin bereits unternommen hatte? Oder gab es noch Einwände oder so eine Art inhaltenden Widerstand? Zwei Angelegenheiten mußten noch besprochen werden:

1. Die Frage des Verbleibens oder Nichtverbleibens der deutschen Bevölkerung in den Gebieten ostwärts der Oder und im Zusammenhang damit auch die Frage, welche Neiße, die Görlitzer oder die Glatzer?

2. Welche politische Verfassung soll das neue Polen haben? Stalin forderte auf der Krimkonferenz in Jalta die Görlitzer Neiße als Grenze für Polen und ferner das Stettiner Gebiet auch westlich der Oder. Churchill wies darauf hin, daß ein beachtlicher Teil der britischen öffentlichen Meinung entsetzt wäre, wenn vorgeschlagen würde, Deutsche in großer Zahl auszuweisen. Stalin sagte darauf, daß die meisten Deutschen ostwärts der von ihm genannten Linie vor der roten Armee geflüchtet wären. Das war die Unwahrheit. Sicherlich waren mehrere Millionen geflohen, sie hatten Gründe dafür. Ein Zitat aus den Memoiren des amerikanischen Diplomaten George F. Kennan: *»Die Katastrophe, die über dieses Gebiet (Ostpreußen) mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hineinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus den Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind – am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, daß sie alle-*

samt in den Westen entkommen wären.« Empfehlenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Lektüre des Buches »Aufbewahren für alle Zeit« von Lew Kopelew, eines russischen Zeugen.

Die Debatte in Jalta führte schließlich zu einer verhältnismäßig unpräzisen Erklärung: »Die drei Mächte haben sich geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.« Churchill sagte dazu im Parlament am 27. 2. 45: »Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen breiten Küstenstreifen an der Ostsee. Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien erhalten, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden, nachdem die Meinungen einer auf breiter Grundlage errichteten polnischen Regierung angehört worden sind.« Klar war schon, daß Königsberg an die Sowjetunion fällt. Über die Westgrenze Polens herrschte aber noch Unklarheit. In diesem Zusammenhang Churchills drastische Worte: »Es wäre höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe«. Auf andere Weise von ihm ausgedrückt: »Jede Umsiedlung von Einwohnern müsse aber im Verhältnis zu dem bleiben, was Polen verdauen und was nach Deutschland überführt werden könne.« (Jaltakonferenz, zitiert nach Zayas). Die Westalliierten, vor allem die USA, wollten ein Kopplungsgeschäft durchsetzen: Annahme weiterer Zugeständnisse in bezug auf die an Polen fallenden Gebiete, wenn die Sowjetunion Zugeständnisse politischer Art mache, das bedeutete eine »Neue provisorische polnische Regierung«.

Die Konferenz von Potsdam 1945

Zwischen den Konferenzen von Jalta und Potsdam erfolgte die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches und

seiner Wehrmacht. Die vier Alliierten übernahmen die Macht. Im Osten wurde die teilweise schon vor der Kapitulation begonnene Vertreibung fortgesetzt bzw. begonnen. Es ist unwahr, die Vertreibung mit dem Potsdamer Abkommen zu begründen. Daß die Vertreibungen aus dem Osten vor der Potsdamer Zusammenkunft nicht ohne Ermunterung durch die Sowjetunion möglich waren, ist klar.

Vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 trafen sich in Potsdam der Präsident der USA Truman, Nachfolger des verstorbenen Roosevelt, der Ministerpräsident Großbritanniens Churchill, nach dem 29. 7. Attlee als sein Nachfolger (Churchill hatte ihn aber schon vorher als Begleiter mitgenommen) und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR und Generalissimus Stalin zu Verhandlungen über Maßnahmen nach Beendigung des Krieges in Europa. Der einzige Teilnehmer, der durchgängig von Teheran an dabei war, war Stalin.

Königsberg an die Sowjetunion

In der Reihenfolge der uns interessierenden Beschlüsse stoßen wir zunächst auf die Hauptstadt Ostpreußens, Königsberg, dessen Abtretung an die Sowjetunion die beiden anderen Häupter *»bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden«*. Stalin hatte diese Stadt gefordert als den für die Sowjetunion dringend notwendigen eisfreien Hafen an der Ostsee. Der schon genannte Kennan schreibt dazu: *»Diese Behauptung, daß Rußland Königsberg als eisfreien Hafen brauche, war vollkommen unsinnig. Rußland besaß an der Ostsee bereits 3 tadellose Häfen, die im wesentlichen eisfrei waren: Windau, Libau und Baltischport. Königsberg dagegen liegt 49 km von der offenen See entfernt, am Ende eines künstlichen Kanals, der mehrere Monate im Jahr zufriert, ähnlich wie der Hafen Riga, der bereits durch die Annektierung des Baltikums an die Sowjetunion gefallen ist.«* Niemand hat gegen Stalins Unsinn protestiert. Mr. Truman

teilte sogar der Öffentlichkeit mit, »er habe sich bereiterklärt, die jahrhundertalte Sehnsucht Rußlands nach einem eisfreien Hafen zu erfüllen.« In einer Anmerkung zitiert Kennan aus der Nachkriegsausgabe der Sowjetischen Enzyklopädie 1953. Dort wird erstmalig bei Königsberg der Zusatz »eisfrei« benutzt. Kennan schreibt dann ironisch: »Geographische Fakten haben sich im Einzelfall nach dem Belieben der sowjetischen Führung zu richten. Falls also jemand glaubt, im Königsberger Kanal Eis gesehen zu haben, so war das eine Sinnestäuschung, hervorgerufen durch antisowjetische Vorurteile.«

Die Beschlüsse über Polen

In bezug auf Polen freuen sich die Drei, daß es nun eine »Polnische Provisorische Regierung der nationalen Einheit« mit Vertretern des Londoner Exils gibt u. a. Mikolajczyk, der dann bei den Wahlen die Opposition gegen die Kommunisten anführt. Zu diesen Wahlen heißt es: »Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die polnische Regierung der Abhaltung freier und ungehinderter Wahlen, die so bald als möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen (in andern Übersetzungen »antifaschistischen«) Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben und die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen sollen, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.« Der Hinweis auf die Presse weist auf die Skepsis der Vertreter Englands und der USA hin. Die Wahlen, erst am 19. 1. 47 durchgeführt, waren weder frei noch überall geheim, die Einsprüche der Opposition gegen die Behinderungen wie auch die Proteste der USA waren vergeblich. Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgende Übereinkunft erzielt: »In Übereinstimmung mit dem auf der Krim-

konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Regierung hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens« – also nicht die Ostgrenze – »bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.«

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie westlich Swinemünde beginnend die Oder-Neiße (Görlitzer) entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze, »einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der UdSSR gestellt wird und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland betrachtet werden sollen.« (Karte 4)

Die »Überführung« der Deutschen

Im Abschnitt XIII lesen wir folgende Übereinkunft über die »Überführung« Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in die Besatzungszonen: »Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Anzahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage

einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem weiter Überführungen durchgeführt werden können, wobei die gegenwärtige Lage zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.«

Wurde diese Anordnung eingehalten? D. h. wurden die Ausweisungen zunächst gestoppt? Wurde ein Plan ausgearbeitet, damit die weiteren Ausweisungen geordnet und human durchgeführt würden? Nein. Dazu ein Telegramm des amerikanischen Außenministers Byrnes vom 30. 11. 45 an den Botschafter in Warschau Lane mit der Anweisung, der polnischen Regierung die amerikanische Mißbilligung auszudrücken. Es heißt dort: »Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Gebiete nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten. Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist. Solches Masseneleid und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ebensowenig mit den internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlin-

gen.« Erst 1946/47 gab es organisierte Transporte, dadurch wurde die Vertreibung aber ihres Charakters einer unmenschlichen Handlung nicht entkleidet.

Begründungen für die Vertreibung

Wir fragen uns, wie konnte es zu dieser so selbstverständlich als vertretbar angesehenen »Umsiedlungs«planung kommen? Neben all den anderen Gründen – wie Bestrafung der Deutschen, was besonders gegenüber den Sudetendeutschen vorgebracht wurde, Kompensation für die im Osten abgetretenen Gebiete Polens, Wunsch nach homogen besiedelten Ländern, damit es keine Minderheitenprobleme mehr gäbe – wurde und wird auch heute noch in Diskussionen auf den Lausanner Vertrag vom 24. 7. 23 hingewiesen, auf den neuen Friedensvertrag mit der Türkei, der den in Sevres bei Paris 1919 abgeschlossenen ersetzte. In ihm wurde ein »Bevölkerungstausch« zwischen Griechenland und der Türkei geregelt, mehr als eine Million Griechen wurden von Kleinasien nach Griechenland umgesiedelt. Das dauerte ungefähr 6 Jahre, deshalb wurde im englischen Unterhaus gefragt, ob dann nicht für die Umsiedlung der Deutschen 20 und mehr Jahre geplant werden müßten (Earl of Mansfield 8. 3. 44).

Eine weitere Bemerkung: In den Veröffentlichungen, die bisher zu dem Thema Vertreibung erschienen sind, wird gelegentlich darauf hingewiesen, daß der Text der Potsdamer Vereinbarung in bezug auf die »Umsiedlung« sich nur auf das Staatsgebiet Polens in den Grenzen von 1937 beziehe. Die sprachliche Fassung des Textes läßt die Deutung zu, aber alle, die sich damals mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatten, wie die Berater der USA und Englands, gingen von den Gebieten ostwärts Oder-Neiße aus. Daß einige alliierte Staatsmänner an eine Revision der Oder-Neiße-Linie zugunsten der Deutschen dachten – auch darum der Friedensvertragsvorbehalt – z. B. an eine Änderung von der

Görlitzer zur Glatzer Neiße, läßt sich aus einigen Bemerkungen der westlichen Außenminister seit 1946 herauslesen. Der englische Außenminister Bevin sprach auf der Außenministerkonferenz März 1947 in Moskau auch von Pommern.

Polen bezeichnet die Oder-Neiße-Gebiete häufig als die »*Wiedergewonnenen Gebiete*«. In den Texten der Verhandlungen und der Vereinbarungen findet sich an keiner Stelle diese Bezeichnung, auch nicht andeutungsweise, das gilt auch für sonst bekanntgewordene Äußerungen der Westalliierten. Die Propaganda der Polen aus Moskau begann sehr frühzeitig mit der Parole der »*uralt polnischen Gebiete*« im Zusammenhang mit der Verschiebung Polens nach Westen. Interessant ist, daß im Protokoll der Besprechung der amerikanischen mit der polnischen Delegation während der Potsdamer Konferenz nichts von wiedergewonnenen Gebieten steht, 16 Gründe für die Oder-Neiße-Linie werden vorgebracht, nur einer hat eine Beziehung zur Vergangenheit: »*Die Deutschen hätten versucht, die polnische Bevölkerung auszurotten und die polnische Kultur zu vernichten. Es wäre ein Akt geschichtlicher Gerechtigkeit, einen mächtigen polnischen Staat zu schaffen, der jedem deutschen Angriff widerstehen könne*« (24. 7. 45). Die Sowjetunion hat in ihrer Publizistik die »*historische*« Begründung übernommen, so in der »*Geschichte des Großen vaterländischen Krieges*«: In Jalta »*kamen die Großmächte überein, Polen die ihm im Westen ursprünglich gehörenden Gebiete zurückzugeben*«, als Inhaltsangabe gemäß dem Protokoll und den Beschlüssen von Jalta schlicht falsch. Natürlich kannten die Engländer usw. diese Propaganda, so erklärte Premierminister Attlee im englischen Unterhaus am 1. 3. 45, er denke an eine Karte Polens im 17. Jahrhundert, die ihm ein polnischer Freund auf einer Postkarte zugeschickt habe, »*es ist dieser tragische Blick in die Vergangenheit statt in die Zukunft, der es so schwer macht, einen dauerhaften Frieden zu begründen*.«

Zu fragen bleibt noch, ob es Hinweise auf die Vertreibung der Polen aus Westpreußen, dem damaligen Warthegau und

Oberschlesien durch die deutschen Machthaber 1939/40 in das Generalgouvernement als Begründung für die Vertreibung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten gibt. Das wäre Vergeltung. Die von mir benutzten Bücher und Dokumentensammlungen enthalten solche Hinweise nicht. Vergessen wir nicht, daß Vertreibung und Umsiedlung für Hitler normale Mittel im sog. politischen Kampf waren. Er wollte ja auch die Bewohner der Krim aus ihrer Heimat vertreiben, um dort die Südtiroler anzusiedeln, deren Gebiet Hitler »für alle Zeiten« an Mussolini d. h. Italien abgetreten hatte. Nur in einer allgemeinen Bemerkung aus einem Memorandum des Ausschusses für Nachkriegsprogramme des US-State Departement steht: »Hitler selbst hat das Beispiel gegeben durch zahlreiche erzwungene Auswanderungen von Menschen in seinem Gebiet Europas« (1944).

Was erwarteten die Westmächte von den Beschlüssen über Polen einschließlich der über die Wahlen? Truman sagte in seiner Rede an das amerikanische Volk am 9. 8. 1945: »Die in Berlin getroffene Maßnahme wird die Durchführung der grundlegenden Politik der Vereinten Nationen im Hinblick auf Polen fördern – nämlich die Schaffung einer starken, unabhängigen und glücklichen Nation mit einer vom Volk selbst gewählten Regierung.« Ob Truman nach den Wahlen in Polen (Januar 47) auch noch so gesprochen hätte?

Die Folgen von Potsdam

Kehren wir zum deutschen Volk zurück. Wieviele Deutsche haben Flucht und Vertreibung nicht überlebt? In den Ostgebieten 1.225.000, in der Tschechoslowakei 267.000, in den übrigen Ländern 619.000, vorwiegend alte Leute, Frauen und Kinder. Die Gesamtzahl der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund 11 Millionen, in der DDR 3.500.000, in Österreich usw. ca. 500.000. Mit dieser Statistik ist ein weiteres Problem der Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg angesprochen: die Aufteilung Deutschlands in

Besatzungszonen, schließlich die Teilung in zwei Staaten und damit im Zusammenhang die Frage nach dem rechtlichen Fortbestand des Deutschen Reiches. Zu letzterem ein Zitat aus der Vereinbarung über die Besatzungszonen: »*Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. 12. 37 bestanden, für Besatzungszwecke in 3 Zonen aufgeteilt*« (12. 9. 44). Die französische Zone kam erst später dazu. Und am 5. 6. 45 übernahmen die 4 Alliierten die oberste Gewalt hinsichtlich des Deutschen Reiches »*innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. 12. 37 bestanden*«. Die Folgen von Potsdam für uns sind also die Oder-Neiße-Linie und die Teilung Deutschlands. Durch den Warschauer Vertrag vom 7. 12. 70 ist die Oder-Neiße-Linie als westliche Staatsgrenze Polens mit Vorbehalt – um es ganz kurz auszudrücken – anerkannt. Anders ausgedrückt: Der Herrschaftsbereich Moskaus ist von der polnischen Ostgrenze gemäß dem Frieden von Riga 1921 nach Westen verschoben bis zur Elbe-Werra-Linie (Karte 4). War dieser Erfolg für die Sowjetunion vorauszu- sehen? Noch einmal sei der amerikanische Diplomat George Kennan zitiert: »*Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages zurückziehen und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen. Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen.*« Das hat Kennan im Sommer 1945 aufgezeichnet. Er sieht bereits zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Westzonen als »*Prellbock gegen die Kräfte des Totalitarismus*«.

Die sicher vorhandene Absicht der Moskauer Machthaber, durch die Vertreibung in den westlichen Zonen politische Schwierigkeiten und Unruhe zu schaffen, die schließlich die Vertriebenen zu einer Radikalisierung des Denkens verführen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Gerade die Vertriebenen haben sich um den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland hohe Verdienste erworben. Sie stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zum Auftrag des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, auf eine Vereinigung

des deutschen Volkes in einem freien, sozialen Staat hinzuarbeiten, dieses Ziel in einem freien Europa zu verwirklichen. Zu diesem Europa haben sich vor 30 Jahren die Vertreter der Vertriebenen bekannt, unter dem doppelten Schock der Erkenntnis der Verbrechen, wie sie im sog. Dritten Reich von Hitler und seinen Gefolgsleuten begangen worden sind, und der schrecklichen Erlebnisse der Vertreibung. Es war eine offene und ehrliche Gewaltverzichtserklärung, ein Bekenntnis zum deutschen Volk.

Nachsatz

Als ich Ende Juli diesen Vortrag in Gemen hielt, wußten wir zwar, daß sich in Polen die wirtschaftliche Lage zunehmend verschlechterte, aber wir ahnten nicht, daß wenige Tage später eine selbstbewußte Arbeiterbewegung, unterstützt von allen Schichten des Volkes, nicht zuletzt der Intelligenz, einen Weg finden wird, mit vorbildlicher Disziplin und im Vertrauen auf ihren Glauben »*die inneren Angelegenheiten ihres Staates*« in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und Freiheit in Bewegung zu bringen. Ein schwerer Weg angesichts des großen mächtigen Nachbarn im Osten und seines Satelliten im Westen. Was der Kirche als Institution außer beim Papstbesuch nicht gelungen ist, nämlich in den Medien präsent zu sein, hat diese von unserer Heimatstadt ausgehende Arbeiterbewegung durchgesetzt. Hoffen wir, daß dieser Aufbruch nicht erdrückt wird.

Viele von uns Danzigern haben Verwandte in der Heimat, viele haben bei ihren Besuchen an der Weichselmündung mit polnischen Familien Freundschaft geschlossen. Diese Freundschaft zu vertiefen sollte unser Bemühen sein. So bauen wir Zellen für Verständigung und Versöhnung, die Grenzen verlieren dann trotz Paß und Visum an Wichtigkeit.

Vorwiegend benutzte Literatur:

1. »Der Vertrag von Versailles«, mit Beiträgen von Sebastian Haffner usw., Matthes & Seitz Verlag, München 1978.
2. »Potsdam 1945«, hrsg. v. Ernst Deuerlein, DTV-Dokumente 152/53.
3. Alfred M. de Zayas, »Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen«, C. H. Beck, München 1979, 4. Auflage.
4. Geschichte in Quellen, Band V »Weltkriege und Revolutionen 1914-1945«, Bayerischer Schulbuchverlag 1975.
5. Gotthold Rhode, »Geschichte Polens«, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1966.
6. Hans Roos, »Geschichte der Polnischen Nation 1928-1978«, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 3. Auflage 1979.
7. »Deutsche Kriegsziele 1914-1918«, herausgegeben von Ernst W. Graf Lynar, Ullstein Bücher Nr. 616, 1964.
8. Kurt Georg Hausmann, »Zum polnischen Nationsbegriff«, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 / 2 Februar 1978.
9. Lew Kopelew, »Aufbewahren für alle Zeit!«, mit einem Nachwort von Heinrich Böll, dtv 1440, 1979.
10. George Kennan, »Memoiren eines Diplomaten«, Stuttgart 1967.

Die Karten wurden entnommen:

»Die Ostgebiete des deutschen Reiches«, hrsg. v. Gotthold Rhode im Auftrage des Joh.-Gottfried-Herder-Forschungsrates, 1957.

Karte 1

Die Folgen des Vertrages von Versailles



J.G. Herder-Institut, Marburg / L. 1954

Richard Breyer

Karte 2

Ost-Mitteleuropa 1919-1937

- Staatsgrenzen
- Grenze des Memellandes
- - - litauisch-weißrussische Grenze vom 12.7.1920 (auf der Curzon-Linie (sog. „Mittel-Litauen“))
- sog. Curzon-Linie A und B
- - - - - poln.-tschech. Demarkationslinie im Teilhener Schiefen (Oligabiet) vom November 1918

0 50 100 200 km



10 Norden in der Ost-Markung

Richard Bauer

Karte 3

Ost-Mitteleuropa während des 2. Weltkrieges

(Stand vor dem 22. Juni 1941)

-  deutsch-sowjet. Interessengrenzung vom 28.9.1939
-  ehem. Staatsgrenzen
-  Verwaltungsgrenzen in den deutschen Ostgebieten nach dem Zusammenbruch Polens
-  litauische Grenze nach dem Zusammenbruch Polens

0 50 100 150 200 km

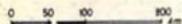


Karte 4

Ost-Mitteleuropa

nach den Befchlüssen von Jalta u. Potsdam (1945)

- Staatsgrenzen
- - - innerföjwjetische Grenzen (de facto)
- Grenzen von 1937
- · · · · die Oder-Neiße-Linie u. Sowjet-polin Demarkationslinie in Ostpreußen



Das Adalbertus-Werk e. V., Bildungswerk der Danziger Katholiken, die heute außerhalb ihrer alten Heimat leben müssen, hat sich seit seiner Gründung vor nunmehr genau 20 Jahren stets bemüht – besonders bei seinen Jahrestagungen auf der Burg Gemen – die Geschichte Danzigs und alle mit ihr zusammenhängenden historischen Prozesse im europäischen Osten immer wieder neu zu erarbeiten und darzustellen.

Ein besonderes Verdienst kommt bei dieser Arbeit dem 1. Vorsitzenden des Adalbertus-Werkes, Herrn Studiendirektor Edmund Neudeck, zu, der vor allem in den letzten Jahren zu einem subtilen Kenner wichtiger und neuer Veröffentlichungen im Bereich der jüngsten Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen geworden ist.

Die beiden hier veröffentlichten Vorträge wurden beim 34. Gementreffen der Danziger Katholiken im Juli 1980 gehalten.